



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Ruth Müller, Holger Gießhammer, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

### **Haushaltsplan 2024/2025;**

**hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Ausbau flächendeckender Verkehrsverbünde voranbringen  
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird in der TG 70 (Digitalisierung und Vernetzung, bayernweite Verbundstrukturen) im Tit. 894 70 (Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen) für das Jahr 2024 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.000,0 Tsd. Euro, fällig in den Jahren 2025 und 2026 zu jeweils 1.000,0 Tsd. Euro, ausgewiesen.

In Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird in der TG 70 (Digitalisierung und Vernetzung, bayernweite Verbundstrukturen) im Tit. 894 70 (Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen) für das Jahr 2025 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.000,0 Tsd. Euro, fällig in den Jahren 2026 und 2027 zu jeweils 1.000,0 Tsd. Euro, ausgewiesen.

### **Begründung:**

Die SPD-Fraktion begrüßt sowohl die bereits getroffenen Maßnahmen, wie die Durchführung von Gutachten zur Sinnhaftigkeit von Verbundintegration, als auch die geplanten Maßnahmen der Staatsregierung, eine bayernweite Abdeckung durch Verkehrs- und Tarifverbünde voranzubringen.

Um weiterhin Anreize für die vermehrte Nutzung des ÖPNV in Bayern zu schaffen, sind ein Ausbau und eine Verbesserung der Verbundstrukturen notwendig. Dafür werden im Kap. 09 06 Tit. 894 70 zusätzlich zu den angesetzten Ausgabemitteln für die Jahre 2024 und 2025 jeweils Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2.000,0 Tsd. Euro ausgebracht.

Der Zusammenschluss von Verkehrsverbänden trägt zu einer allgemeinen Attraktivitätssteigerung des ÖPNV bei. Das Zusammenwachsen zu flächendeckenden Verkehrsverbänden ermöglicht eine bessere wirtschaftliche Gestaltung und kann zu betrieblichen Vorteilen der Unternehmen führen. Die dadurch entstehenden engeren Abstimmungen, beispielsweise von einer dauerhaften Vereinfachung des Tarifsystems im ÖPNV im Sinne einer sozialverträglichen Verkehrswende, führen zu einem erleichterten

Zugang zum ÖPNV, welcher wiederum die Bürgerinnen und Bürger motiviert den ÖPNV zum Verkehrsmittel der Wahl zu machen. Von dieser eng verzahnten Zusammenarbeit profitieren nicht nur die Fahrgäste, sondern auch Verkehrsverbände, die Kommunen und Landkreise und letztlich auch der Freistaat.

Der Verkehrssektor in Bayern ist einer der Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen. Bei den Bemühungen um eine Reduzierung der Treibhausgase muss ihm deshalb eine entscheidende Rolle zukommen. Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztlich auch kostenlosen ÖPNV deutlich. Eine Verkehrswende, weg vom motorisierten Individualverkehr hin zum umwelt- und klimafreundlicheren Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß, macht sich somit auch für Bayern bezahlt. Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion mit einer Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.